

Stellungnahme des Beirats zum Grünen Knopf 2.0

im Rahmen der öffentlichen Konsultation zu Produktkriterien (Juli/ August 2021) einschließlich Kriterien für den Faser- und Materialeinsatz

sowie zu den nach der 1. Konsultation justierten Unternehmenskriterien

I. Einführung

Der Stellungnahme des Beirats liegen folgende Dokumente zugrunde:

- (1) Die Produktkriterien zu den Sozial- und Umweltaanforderungen sowie zu Arbeitssicherheit und Gesundheit (Stand 2.7.2021)
- (2) Die Kriterien zum Thema Material- und Fasereinsatz (Chemie- und Naturfasern) einschließlich Anhänge I – V)
- (3) Die nach der ersten öffentlichen Konsultation justierten Unternehmensanforderungen, entlang der Kernelemente auf Basis der Synopsis der Rückmeldungen aus der öffentlichen Konsultation (Stand 17.6.2021)

Aus Gründen der Lesbarkeit wird im nachfolgenden Text die männliche Form gewählt. Es ist immer auch die weibliche Form gemeint.

II. Zusammenfassende Bewertung

Neben der Ausweitung der Anforderungen auf mindestens eine weitere Produktionsstufe (Material- und Fasereinsatz) soll unter Beibehaltung des Metasiegelansatzes mit der Entwurfsfassung des GK 2.0 eine Formulierung und Operationalisierung der Produktkriterien erfolgen. Dabei sollen die Anforderungen des GK 1.0 weiterentwickelt werden, soweit sie mit den anerkannten Siegeln vereinbar sind.

Hierzu heißt es auf S. 6 des Konsultationsfragebogens weiter einschränkend: „Vereinzelt müssen Anforderungen im Vergleich zum Grünen Knopf 1.0 allgemeiner werden, weil Anforderungen nicht ausreichend verbindlich über bestehende Standard- und Prüfsysteme nachgewiesen werden können. Hier wird im Dialog mit Standardorganisationen an einer Nachbesserung gearbeitet“.

Ziel des Metasiegelansatzes ist es, den Nachweis der Produktanforderungen des GK 2.0 über anerkannte etablierte Standards zu erleichtern. GK 1.0 Bestandsunternehmen, die den Nachweis bisher insbesondere über solche Standards geführt haben, die offensichtlich über eine Kernkompetenz im Bereich ökologischer Anforderungen und im Material- und Fasereinsatz, nicht aber auch über eine Kernkompetenz im Bereich sozialer Anforderungen verfügen, sollen auch im GK 2.0 gehalten werden. Auch sollen die Betriebe in der Lieferkette nicht überfordert werden. Gleichzeitig soll der GK 2.0 vergaberechtskonform für die öffentliche Beschaffung werden.

Im Prozess der Abstimmung und der Gleichwertigkeitsprüfung von Indikatoren und Anforderungen an Nachweisprüfungen im GK 2.0 sowie in bisher anerkannten etablierten und von GK 1.0 Bestandsunternehmen meistgenutzten Standards wurde bei der Erarbeitung der Produktkriterien deutlich, wie stark der GK im Metasiegelansatz vom Kooperationswillen und der Kooperationsfähigkeit der anerkannten etablierten Standardorganisationen abhängt. Ihr Kooperationswille ist dabei eng verknüpft mit dem Mehrwert der Anerkennung durch den GK und der Machbarkeit der Anforderungen des GK 2.0 in ihren eigenen Systemen. Ihre Kooperationsfähigkeit ist auch von Ihren eigenen Revisionsprozessen abhängig, die regelmäßig in individuell festgelegten Zeitfenstern und teils erst nach dem geplanten Launch des GK 2.0 erfolgen.

Der Beirat wurde von BMZ und GK Geschäftsstelle bereits während der Abstimmungen und Gleichwertigkeitsprüfungen mit den Organisationen hinter den bisher anerkannten etablierten und von GK 1.0 Bestandsunternehmen meistgenutzten Standards davon unterrichtet, dass es Abstriche bei der Formulierung der Produktkriterien für den GK 2.0 geben werde, die hinter den eigenen Vorstellungen von BMZ und GK Geschäftsstelle zur Weiterentwicklung des GK 1.0 zum GK 2.0 zurückblieben.

Dies hat der Beirat gegenüber BMZ und GK Geschäftsstelle am 15. Juni 2021 auch konstruktiv kritisch kommentiert und BMZ und GK Geschäftsstelle um weitere Gespräche mit den anerkannten etablierten Standardorganisationen über die Angleichung der Anforderungen insbesondere bei den sozialen Produkthanforderungen und im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheit ersucht.

Der Beirat bedankt sich bei BMZ und GK Geschäftsstelle für ihren Einsatz und stellt fest, dass dies auch im Sinne einer Weiterentwicklung des GK 1.0 zum GK 2.0 in den Bereichen ökologische Produkthanforderungen grundsätzlich gelingen ist. Er muss jedoch auch feststellen, dass dies im Bereich der sozialen Anforderungen aus Sicht des Beirats in einigen Themenbereichen nicht gelungen ist und in diesen Themenbereichen Nachbesserungsbedarf, teils dringender Nachbesserungsbedarf besteht. Bei den Anforderungen für Arbeitssicherheit und Gesundheit gab es im Austausch mit den Standardorganisationen zumindest Fortschritte.

Die grundsätzlichen Schwächen des Metasiegelansatzes konnten bis zur öffentlichen Konsultation auch nicht mehr durch eine grundlegende Überarbeitung der Produktkriterien behoben werden. Der Beirat weist darauf hin, dass der Ansatz im Rahmen der nächsten Entwicklungsstufe zum GK 3.0 unbedingt überdacht und möglicherweise reformiert werden muss, sollten auch bis dahin eine Angleichung der Standards im Bereich der sozialen Produkthanforderungen und weitere Angleichungen im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheit nicht oder nicht ausreichend möglich sein.

Der Beirat hält den Metasiegelansatz grundsätzlich für sinnvoll. Die etablierten Standards wirken weiter in die Branche hinein und der Metasiegelansatz kann eine Dynamik zur Weiterentwicklung der etablierten Standards auslösen. Deshalb ist er in den grundsätzlichen Überlegungen des Beirates eine gute Wahl, wenn es (1) gelingt, die substantiell wichtigen inhaltlichen Anliegen zu berücksichtigen. Sollte dies einzelnen Standards allein nicht gelingen, wäre (2) eine Kombination von Standards denkbar, um die Anforderungen des GK 2.0 abzubilden. Sollte dies zu kompliziert sein, oder bei einigen wichtigen Standards nicht

ausreichen, wäre (3) die Einführung von eigenen Vor-Ort-Kontrollen durch den Grünen Knopf zur Schließung von Lücken zwischen dem Anspruchsniveau von BMZ und GK Geschäftsstelle und den anerkannten etablierten und von GK 1.0 meistgenutzten Standards wünschenswert. Dabei müsste (4) als „ultima ratio“ auch die Überwindung des Metasiegelansatzes denkbar sein.

Das Ambitionsniveau der ökologischen Produkthanforderungen entspricht den Erwartungen des Beirats.

Das Ambitionsniveau der Anforderungen für den Material- und Fasereinsatz geht über die Erwartungen des Beirats insbesondere in Bezug auf Material- und Fasermischungen streckenweise hinaus. Es sollte für den Bereich der Chemiefasern und Fasermischungen zur von BMZ und GK Geschäftsstelle intendierten und auch europapolitisch forcierten Kreislaufwirtschaft einerseits deutlich werden, dass der Grüne Knopf langfristig über das bisherige Ambitionsniveau etablierter Standards hinausgehen muss, auch und gerade im Bereich der Kreislaufwirtschaft. Der Beirat begrüßt dabei, dass der Grüne Knopf an dieser Stelle einen solchen ambitionierteren Ansatz verfolgt.

Andererseits fehlt es jedoch noch an hinreichender Differenzierung insbesondere bei Material- und Fasermischungen in Bezug auf die Auflösung des Spannungsverhältnisses zwischen Forcierung einer möglichst stofflichen Kreislaufwirtschaft und Forcierung von Suffizienz unterstützender Haltbarkeit, Funktionalität und damit Langlebigkeit von Produkten.

Erfreulich ist, dass BMZ und GK Geschäftsstelle viele der in der ersten Konsultation vorgetragenen Verbesserungs- und Justierungsvorschläge der Stakeholder zu den Unternehmenskriterien, so auch des Beirats, umgesetzt haben. Das gilt besonders auch für die Empfehlung des Beirats, in Bezug auf existenzsichernde Löhne den allein Erfolg versprechenden Dualismus von internen Maßnahmen der Unternehmen und Unterstützung bzw. (Mit-)Initiierung von kooperativen, systemischen Lösungen deutlicher und präziser zu fassen (siehe Kriterienraster Unternehmenskriterien KE 3.2.3).

BMZ und Geschäftsstelle sind auch der Empfehlung des Beirats gefolgt, das Dilemma des Metasiegelansatzes in den Kommunikationsmaßnahmen zur öffentlichen Konsultation zu thematisieren. Hier hätte sich der Beirat jedoch eine weitere Spezifizierung der Themenbereiche gewünscht, in denen Nachbesserungsbedarf, teils dringender Nachbesserungsbedarf besteht. Der Hinweis im Konsultationsfragebogen auf S. 6 bleibt in seiner Allgemeinheit deutlich hinter den Erwartungen des Beirats an öffentliche Transparenz zurück.

III. Kommentierung der vorgelegten Produktkriterien

(1) Anforderungen soziale Nachhaltigkeit für Konfektionäre

Im Folgenden werden Anmerkungen des Beirats mit zwei Bewertungen dargestellt.

Bei manchen der Kriterienvorschläge in der für die öffentliche Konsultation vorgelegten Fassung sieht der Beirat Nachbesserungsbedarf, d.h. hier sieht der Beirat die strategische

Notwendigkeit, unter anderem mit den Organisationen hinter den derzeit anerkannten und genutzten Standards weiter gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. Für andere Themen sieht der Beirat dringenden Nachbesserungsbedarf. Für diese Themen war es wichtig und wird es weiter wichtig sein, sie zeitnah und hilfsweise auf andere Art z.B. durch die Ergänzung oder - wie in den Themenbereichen existenzsichernde Löhne und Beschwerdemechanismen – durch die Zuspitzung der Unternehmenskriterien zu bearbeiten.

Einige der Kriterienvorschläge fordern die Einhaltung geltender Gesetze. Dies ist beispielsweise mit Blick auf die Zahlung gesetzlicher Sozialleistungen (Nr. 17) der Fall. Die Forderung nach Einhaltung gesetzlicher Vorschriften sollte für ein ambitioniertes Siegel jedoch ohnehin selbstverständlich sein. Es sollte nicht die Notwendigkeit bestehen, diese Forderung für einzelne Aspekte auszuformulieren, sie sollte dem Kriterienraster vielmehr als generelle Anforderung vorangestellt sein. Die Ausformulierung eigener Kriterien muss zum Ziel haben, Ansprüche zu stellen, die über die bloße Einhaltung des Gesetzes hinausgehen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass der GK 2.0 den Eindruck erweckt, in bestimmten Bereichen, wie der Zahlung von Sozialleistungen, besondere Ansprüche zu haben, obwohl er hier tatsächlich lediglich die Einhaltung von Vorgaben fordert, die selbstverständlich sind und in Kriterium Nr. 25 „Einhaltung von Gesetzen“ ohnehin gefordert werden. Dies gilt für alle Kernarbeitsnormen, die durch gesetzliche Bestimmungen umgesetzt werden.

Mit Blick darauf, dass der Siegelgeber selbst den Anspruch formuliert hat, mit dem GK 2.0 Schritte in Richtung existenzsichernde Löhne zu gehen, ist festzustellen, dass es auf der dafür maßgeblichen Konfektionsebene kein Äquivalent für die Anforderungen gibt, wie sie in den Unternehmenskriterien (siehe dazu unten IV.) dargestellt sind.

Das Thema existenzsichernde Löhne findet hier nicht statt und beschränkt sich wie im GK 1.0 auf gesetzliche Mindestlöhne (siehe Kriterienraster Sozialanforderungen Nr. 14).

Das „Vorhandensein eines Systems zur Identifizierung von Risiken und zur Bewertung der Einhaltung einschlägiger Vorschriften und Anforderungen in Bezug auf Arbeitsrechte sowie zur Umsetzung von Korrekturmaßnahmen“ zumindest im Rahmen der Managementsystemanforderungen (siehe Kriterienraster Sozialanforderungen Nr. 24 a) kann dem angestrebten Ambitionsniveau des GK 2.0 nicht genügen. Dies würde voraussetzen, dass Konfektionäre - anders als viele Unternehmen - Löhne unter der die Existenz sichernden Schwelle als Risiko verstehen. „Einschlägige Vorschriften und Anforderungen“ in Bezug auf existenzsichernde Löhne gibt es bisher in keinem der maßgeblichen Zulieferländer.

- Hier besteht aus Sicht des Beirats dringender Nachbesserungsbedarf, da für die Weiterentwicklung des GK 2.0 in der Kommunikation des BMZ gerade eine signifikante Verbesserung der Löhne als ein zentrales Ergebnis dargestellt wurde. Umfragen zeigen, dass Verbraucher den GK schon in seiner jetzt am Markt befindlichen Form mit einer Erhöhung der Löhne in der Lieferkette in Verbindung bringen.¹ Da hier im Prozess der Angleichung der Standards keine Erfolge erzielt werden konnten, muss dies in den weiteren Kommunikationsmaßnahmen zur Begleitung der Veröffentlichung des GK 2.0

¹ vzbv, Verbraucher haben klare Erwartungen an Grünen Knopf, 2019, <https://www.vzbv.de/meldungen/verbraucher-haben-klare-erwartungen-gruenen-knopf>

expliziter deutlich werden als im Konsultationsfragebogen S. 6 (s.o.). Die weitere Kommunikation des GK zum Thema existenzsichernde Löhne muss eine Steigerung des Problembewusstseins gerade in diesem so zentralen Thema zum Ziel haben und darf nicht den Eindruck erwecken, dass mit der GK 2.0 Zertifizierung die Konfektionäre existenzsichernde Löhne zahlen oder es zumindest bereits zu signifikanten Lohnsteigerungen in ihren Betrieben gekommen ist.

Positiv ist anzumerken, dass BMZ und GK Geschäftsstelle auf Empfehlung des Beirats in den Unternehmenskriterien von den Unternehmen gegenüber der Vorlage in der ersten Konsultation deutlich präzisere Anstrengungen verlangen. Neben die unternehmensinternen wie insbesondere Lohnlückenanalyse, Anpassung des Beschaffungs- und Einkaufsverhalten und einer Strategie zur sukzessiven Durchsetzung von existenzsichernden Löhnen tritt die aktive Beteiligung an/(Mit-) Initiierung von kooperativen, systemischen Lösungen (KE 3.2.3 Unternehmenskriterien), siehe dazu auch unten IV.

Wegen der überragenden Bedeutung des Themas existenzsichernde Löhne und seiner Dringlichkeit empfiehlt der Beirat, diese „duale“ Anforderung auf die erste Entwicklungsstufe A vorzuziehen.

- **Zahlung gesetzlicher Sozialleistungen** (Nr. 17 Kriterienraster Sozialanforderungen): Die Beschränkung auf die gesetzlichen Vorschriften greift zu kurz, wenn die Gesetze keine Absicherung der Beschäftigten insbesondere bei Unfällen und bei unverschuldetem Verlust des Arbeitsplatzes vorsehen. Zur Sicherung des Lebensunterhalts der Beschäftigten und ihrer abhängigen Familienangehörigen besteht hier Nachbesserungsbedarf.
- **Kinderarbeit** (Nr. 9 – 12 Kriterienraster Sozialanforderungen) greift nur Standardregelungen zu Mindestalter, Altersüberprüfung, Verbot der schlimmsten Formen der Kinderarbeit und Beschränkungen in Bezug auf Arbeit von Jugendlichen auf. Zu der Frage, wie mit arbeitenden oder unzulässig arbeitenden Jugendlichen umzugehen ist, gibt es keine Regelung. Es fehlen Bestimmungen zur Durchführung von Rehabilitationsprogrammen für identifiziert arbeitende Kinder wie auch zur Ausbildung von Jugendlichen nicht nur aber besonders im Fall unzulässiger Arbeiten. Es erstaunt, dass manche der anerkannten etablierten und von GK 1.0 Bestandunternehmen meistgenutzten Standards hierüber offensichtlich keine Vorgaben treffen. Dies müsste nach Ansicht des Beirats ein unbedingter Standard sein und wird als dringend nachbesserungsbedürftig erachtet:
Als Reaktion auf vorgefundene unzulässige Kinderarbeit und unzulässige Arbeit von Jugendlichen muss mehr erfolgen, als die Freisetzung der Kinder und Jugendlichen von der Arbeit unter Inkaufnahme eines eventuellen Verlusts des Familieneinkommens. Das Thema Kinderarbeit spielt in der Verbraucherkommunikation des GK - ähnlich wie der Themenkomplex existenzsichernde Löhne - eine herausgehobene Rolle und sollte aus diesem Grund auch entsprechend berücksichtigt werden: Wenn derzeit im Metasiegelansatz nicht anders möglich, dann deutlich und unmissverständlich in den

Unternehmenskriterien. Dies gilt insbesondere, da Bundesminister Müller im Zusammenhang mit dem Grünen Knopf immer wieder die Zahl von 75 Millionen Kindern erwähnt, die unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiten.² Wenn schon die Spitze des zuständigen Ministeriums den Zusammenhang zwischen dem Siegel und dem Kampf gegen Kinderarbeit wiederholt öffentlich deutlich herstellt, werden die Verbraucher in Bezug auf ihre Erwartungen enttäuscht, wenn der Grüne Knopf nicht tatsächlich wirksame Ansprüche für angemessene Reaktionen auf unzulässige Kinderarbeit stellt. Ein allgemeiner Hinweis auf die Risikotatbestände des OECD Leitfadens für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht zur Förderung verantwortungsvoller Lieferketten in der Bekleidungs- und Schuhindustrie (OECD Leitfaden) reicht nach Auffassung des Beirats nicht.

- Das Thema **Heimarbeit** findet bei den Sozialanforderungen für Konfektionäre keine Berücksichtigung, da es ganz offensichtlich als nicht glaubhaft operationalisierbar bewertet wird. Der Beirat sieht das Problem bei der Operationalisierung, möchte dennoch festhalten, dass hier dringender Nachbesserungsbedarf besteht, da das Thema für den Textilsektor von sehr hoher praktischer Bedeutung ist. Es wäre hierbei zu prüfen, ob Anforderungen für die Operationalisierung im Kontext der Unternehmenskriterien denkbar wären, damit hier zumindest schrittweise mittel- und langfristig Fortschritte erreicht werden können. Bisher sind Heimarbeiter nur in KE 1.1.6 der Unternehmenskriterien (hier in der Anmerkung) zumindest als „vulnerable Zielgruppe“ genannt. Detaillierte Vorgaben zur Operationalisierung fehlen. Die Einbeziehung des Themenbereichs Heimarbeit auch über die Regelung der Sorgfaltspflicht des OECD-Leitfadens garantiert noch keine ausreichende Sensibilisierung von Unternehmen und die Operationalisierung im Kontext des GK 2.0.
- **Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechts** (Nr. 1 Kriterienraster Sozialanforderungen): Um das Kriterium zu erfüllen, muss der anerkannte etablierte Standard die ILO-Konvention 87 erfüllen. Alternativ kann die Erfüllung des Kriteriums über eine Liste von Anforderungen nachgewiesen werden, die jedoch kein Recht auf Streik beinhaltet. Insbesondere angesichts der umstrittenen Auslegung der ILO-Konvention 87, bei der von Arbeitgeberseite in Frage gestellt wird, ob sie ein Recht auf Streik beinhaltet³, besteht hier dringender Nachbesserungsbedarf. Ein Streikrecht sollte in die Liste der Anforderungen aufgenommen werden, über die die Erfüllung des Kriteriums nachgewiesen werden kann, wenn kein expliziter Verweis auf die ILO-Konvention 87 stattfindet. Außerdem sollte auch bei Bezug auf ILO-Konvention 87 explizit das Recht auf Streik zusätzlich garantiert werden.
- **Bewegungsfreiheit** (Nr. 8 Kriterienraster Sozialanforderungen): Um das Kriterium zu erfüllen, muss der anerkannte etablierte Standard nur mindestens eine der

² vgl. bspw.: <https://www.merkur.de/politik/ein-jahr-gruener-knopf-52-unternehmen-beteiligen-sich-zr-13897903.html>

³ vgl. DGB, Streikrecht im IAO-Übereinkommen Nr. 87 verteidigen! 2015, <https://www.dgb.de/themen/++co++10cf583e-b769-11e4-9892-52540023ef1a>

aufgelisteten drei Anforderungen „beinhalten“. Das ist dringend nachbesserungsbedürftig.

Danach hätte - zumindest theoretisch – ein Erlaubnisvorbehalt für das Verlassen des Betriebs durch die Beschäftigten in Gefahrensituationen nach dem Standard keine Auswirkungen für bzw. auf eine GK 2.0 Zertifizierung.

Es würde für eine GK 2.0 Zertifizierung schon reichen, wenn die Beschäftigten bei entsprechender Regelung im Standard mindestens „begründbar“ nicht daran gehindert werden, ihren Grundbedürfnissen nachzukommen, einschließlich des Zugangs zu Toiletten und Trinkwasser. Oder die Beschäftigten haben nach dem anerkannten etablierten Standard die Möglichkeit, den Betrieb nach dem Ende des regulären Arbeitstages zu verlassen.

Mindestens alle drei Anforderungen zusammen müssen für jeden glaubhaften Standard eine Selbstverständlichkeit sein.

- **Arbeitszeiten** (Nr. 18 Kriterienraster Sozialanforderungen): Die Formulierung ist in Teilen missglückt bzw. missverständlich. Es darf keine sieben, sondern maximal nur sechs aufeinanderfolgende Arbeitstage geben (Nr. 18 a) und bei der Formulierung der Nr. 18 b ist wohl gemeint, dass Überstunden mit den Tages- und Wochenbeschränkungen maximal nur in insgesamt 3 Monaten pro Jahr geleistet werden dürfen. Hier besteht Nachbesserungsbedarf.
- **Managementsystem für Arbeitsrechte** (Nr. 24 Kriterienraster Sozialanforderungen): Die in den Nrn. 24 a und 24 b formulierten zwei Anforderungen an innerbetriebliche Managementsysteme sind unzureichend. Zwar wird in Nr. 24 a das Vorhandensein eines „Systems zur Identifizierung von Risiken und zur Bewertung der Einhaltung einschlägiger Vorschriften und Anforderungen in Bezug auf Arbeitsrechte sowie zur Umsetzung von Korrekturmaßnahmen“ gefordert.

Solche Monitoringsysteme sind nicht nur aber besonders für die Einhaltung der Anforderungen zu Kinderarbeit (Nrn. 9 – 12 der Sozialanforderungen), Zwangsarbeit (Nr. 5 der Sozialanforderungen, auch Nr. 6 Schuldknechtschaft und Kautionen sowie Nr. 7 Einbehaltung von Dokumenten und Löhnen) und Belästigung und Missbrauch insbesondere von weiblichen Beschäftigten (Nr. 23 der Sozialanforderungen) erforderlich, schon um die innerbetriebliche Sensibilität zu befördern.

Auch ist nach dem vorgelegten Kriterienraster zumindest eine Person, die für die Umsetzung des Managementsystems verantwortlich ist, zu benennen.

Es besteht dringender Nachbesserungsbedarf, da es insbesondere keine innerbetrieblichen Anforderungen zu einer verschrifteten sozialen Unternehmenspolitik, zu Dokumentationspflichten, Einbeziehung der Beschäftigten, innerbetrieblichen Beschwerdesystemen, Präventivmaßnahmen, Trainings der Beschäftigten sowie dem Management von Sublieferanten gibt. Nur durch ein gutes Managementsystem ist der Konfektionär auch in der Lage, Arbeits- und

Menschenrechte in seiner Produktionsstätte, bei seinen Sublieferanten und selbst im Bereich Heimarbeit auf Dauer auch eigenständig und effektiv umzusetzen.

Dass das Beschwerdemanagement insgesamt „vor der Klammer“ bei den Unternehmensanforderungen behandelt wird, ist richtig, macht jedoch für innerbetriebliche Strukturen bei den Konfektionären eine Spiegelung in den Produkthanforderungen keinesfalls obsolet. Insoweit gilt das oben in III (1) zu existenzsichernden Löhnen Ausgeführte auch hier entsprechend.

- Die als nachbesserungsbedürftig bzw. dringend nachbesserungsbedürftig bezeichneten Themenbereiche sind schon jeder für sich und noch mehr zusammen eine Einschränkung der Glaubhaftigkeit des GK 2.0, da sie Kernbereiche betreffen, deren Behandlung in der Innen- wie Außenbetrachtung von einem ambitionierten Standard im Textilbereich erwartet wird: Ein angemessener Umgang mit Kinderarbeit, mit der Bewegungsfreiheit der Beschäftigten, mit der Regelung von Managementsystemanforderungen unter Einschluss der Beteiligung der Beschäftigten und eines innerbetrieblichen Beschwerdemanagements.

Die Themen existenzsichernde Löhne und Beschwerdemanagement müssen auch über die Unternehmenskriterien hinaus in die Betriebe gespiegelt werden, insbesondere das Thema Heimarbeit muss erkennbar operationalisiert in den Blick genommen werden.

Wenn in diesen Themen, die für den Textilsektor so elementar sind, aufgrund des derzeitigen Rahmens keine Fortschritte erzielt werden können, bleibt das Ambitionsniveau des GK 2.0 zumindest in seinen sozialen Produkthanforderungen hinter den eigenen Ansprüchen und hinter den externen Erwartungen sehr deutlich zurück.

Im Metasiegelansatz begrenzen bisher trotz aller Gegenbemühungen von BMZ und GK Geschäftsstelle die anerkannten etablierten, von GK 1.0 Bestandsunternehmen meistgenutzten Standards, die bei den ökologischen Produkthanforderungen und den Anforderungen für den Faser- und Materialeinsatz stark, bei den sozialen Anforderungen und den Anforderungen für Arbeitssicherheit und Gesundheit - dazu nachfolgend unter (2) - schwach sind, den derzeitigen Bewegungsspielraum für die Weiterentwicklung der sozialen Produkthanforderungen im GK 2.0 auf den kleinsten gemeinsamen Nenner.

Dies muss in den Kommunikationsmaßnahmen umfassend und transparent thematisiert werden. Die bisherige Kommunikation reicht insoweit nicht. Der Beirat leistet mit dieser Stellungnahme hierzu seinen Beitrag. Die entsprechenden Kommunikationsmaßnahmen dürfen sich dabei nicht nur an die Fachöffentlichkeit richten, sondern müssen auch verbrauchergerecht heruntergebrochen werden. Die vorliegende Beiratsstellungnahme kann inhaltliche Grundlage hierfür sein, hat jedoch nicht den Anspruch, der Verbraucherinformation zu dienen. Es liegt aus Sicht des Beirats in der Verantwortung von BMZ und GK Geschäftsstelle, eine verbrauchergerechte Aufarbeitung dieser Informationen vorzunehmen. Angemessene

Transparenz über die Schwierigkeiten bei der Bearbeitung der oben genannten nachbesserungsbedürftigen und dringend nachbesserungsbedürftigen Themenbereiche sowohl gegenüber der Fachöffentlichkeit, als auch gegenüber Verbrauchern kann zudem entsprechenden öffentlichen Druck auf die Organisationen hinter den anerkannten etablierten Standards aufbauen, der dazu beitragen kann, dass der GK eine Dynamik der Weiterentwicklung unter den anerkannten etablierten Standards auslöst. Als Siegelgeber kann das BMZ auf diese Weise einen deutlich größeren Beitrag zur Verbesserung der Bedingungen in Textillieferketten leisten.

Der Beirat ist zuversichtlich, dass dieses Dilemma noch im GK 2.0, spätestens jedoch bis zum GK 3.0 überwunden werden kann:

- Vor allem in Verhandlungen von BMZ und GK Geschäftsstelle mit den Organisationen hinter den anerkannten etablierten Standards auch in deren eigenem Interesse an Glaubhaftigkeit ihrer Standards über ihre Kernkompetenzen hinaus und unter Einflussnahme auf deren Revisionsprozesse und -rhythmen,
- hilfsweise durch Übernahme der als nachbesserungsbedürftig oder dringend nachbesserungsbedürftig bewerteten Themen in die Unternehmenskriterien bzw. durch Zuspitzung bereits vorhandener Unternehmenskriterien (bei existenzsichernden Löhnen und Beschwerdemechanismen),
- wegen des Aufwands und der Siegelflut am Produkt hilfsweise durch eine Kombination von anerkannten etablierten Standards mit ihren jeweiligen Kernkompetenzen,
- hilfsweise durch Einführung von eigenen Vor-Ort-Kontrollen durch den Grünen Knopf zur Schließung von Lücken zwischen dem Anspruchsniveau von BMZ und GK Geschäftsstelle und den anerkannten etablierten und von GK 1.0 meistgenutzten Standards,
- als „ultima ratio“ durch Entwicklung und Implementierung eines eigenständig, über seine Unternehmensanforderungen hinaus auch in seinen Produkthanforderungen für soziale Nachhaltigkeit (sowie Arbeitssicherheit und Gesundheit) prüfbar und zertifizierbaren, ambitionierten Standards.

(2) Anforderungen Arbeitssicherheit und Gesundheit für Konfektionäre

Erfreulich ist, dass BMZ und Geschäftsstelle der Empfehlung des Beirats gefolgt sind, trotz Metasiegelansatzes an unverzichtbaren Anforderungen insbesondere in den Bereichen **Notfallmaßnahmen** und **Gebäudesicherheit** festzuhalten.

Dass nach dem Kriterienraster in beiden Themenbereichen im Metasiegelansatz von den anerkannten etablierten und von GK 1 Bestandsunternehmen meistgenutzten Standards jedoch nur mindestens eine der aufgeführten Anforderungen erwartet werden kann (Nrn. 7 und 9 des Kriterienrasters) ist offensichtlich ein Kompromiss aus den bisherigen Gesprächen mit den Standardgebern.

Hier besteht in Anbetracht der verheerenden Brandfälle in Pakistan (insbesondere Ali Enterprises) und Bangladesch sowie des Einsturzes des Gebäudekomplexes Rana Plaza in

Bangladesch mit 1.135 getöteten und 2.438 verletzten Beschäftigten, der Mitauslöser für die Entwicklung des GK durch das BMZ gewesen ist, dringender Nachbesserungsbedarf.

Die Einschränkung auf nur mindestens eine der aufgelisteten Anforderungen findet sich auch im Themenbereich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz (Nr.1 des Kriterienrasters) und im Themenbereich Bedingungen am Arbeitsplatz (Nr. 3 des Kriterienrasters).

Die im Kriterienraster aufgeführten Maßnahmen sind kumulativ das Mindeste, das man von anerkannten etablierten Standards auch ohne Kernkompetenz im Thema Arbeitssicherheit und Gesundheit erwarten muss.

Für die Überwindung dieser Schwäche gilt das unter III (1) Ausgeführte entsprechend.

Dass die hier aufgeführten Kriterien für Arbeitssicherheit und Gesundheit wie auch die Anforderungen an soziale Nachhaltigkeit nur auf Ebene der Konfektionierung, nicht jedoch auf Ebene der Nassprozesse gelten, gegenüber Verbrauchern jedoch in der bisherigen Kommunikation des Ministeriums suggeriert wird, beide Produktionsstufen seien abgedeckt, kann nach Auffassung des Beirats nicht für die wünschenswerte Transparenz insbesondere bei Verbrauchern sorgen. Das Gleiche gilt spiegelbildlich für die Anforderungen an ökologische Nachhaltigkeit, die weiterhin nur auf Ebene der Nassprozesse, nicht jedoch auf Ebene der Konfektionierung gelten. Es bedarf mindestens einer klarstellenden und auch für die Verbraucher verständlichen Kommunikation.

(3) Anforderungen ökologische Nachhaltigkeit für Nassprozesse

Im Prozess der Abstimmung und der Gleichwertigkeitsprüfung von Indikatoren und Anforderungen an Nachweisprüfungen zwischen BMZ und GK Geschäftsstelle sowie den Organisationen hinter den anerkannten etablierten Standards wurden die von GK 1.0 Bestandunternehmen meist genutzten Standards herangezogen, die ihre Kernkompetenz im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit (und des Material- und Fasereinsatzes) haben.

Das reflektiert das Kriterienraster des GK 2.0 im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit (und des Faser- und Materialeinsatzes).

Dessen ökologische Anforderungen sind mit 20 überwiegend verbindlichen Vorgabeblöcken zu

- Umweltmanagementsystem (Nr.1)
- Chemikalienmanagement in Bezug auf den Chemikalieneinsatz in der Produktion und den Rückstandsnachweis im fertigen Produkt - allein 10 der 20 Vorgaben (Nrn. 2 – 11)
- Abwassermanagement (Nrn. 12 – 13)
- Wassermanagement (Nr. 14)
- Energiemanagement (Nr. 15)
- Abfallmanagement (Nrn. 16 - 17)
- Emissionsmanagement (Nrn. 18 – 19)
- rechtliche Compliance (Nr. 20)

entsprechend ambitioniert, sind es ehrlicherweise aber auch schon im GK 1.0.

Im Themenbereich Umweltmanagementsystem ist es mit Blick auf den Metasiegelansatz nur konsequent, dass die Vorgaben für ein Managementsystem – wenn auch sprachlich „...auf eine Reihe von Prozessen und Praktiken...“ verdichtet - deutlich umfassender interpretiert werden können als sie es für Managementsysteme in den Kriterienrastern für soziale Nachhaltigkeit und für Arbeitssicherheit und Gesundheit sind.

Zur Beschränkung der Anforderungen an ökologische Nachhaltigkeit auf die Ebene der Nassprozesse wird auf das unter III (2) Ausgeführte verwiesen.

(4) Anforderungen für den Material- und Fasereinsatz

Dem Entwurf des GK 2.0 ist in seinen Material- und Faseranforderungen generell ein hohes Ambitionsniveau zu attestieren, das in Teilen höhere Ansprüche stellt, als anerkannte Produktstandards.

Zwar begrüßt der Beirat, dass der GK 2.0 an dieser Stelle höhere Ansprüche stellt als andere am Markt verfügbaren Siegel, gibt jedoch zu bedenken, dass es hierdurch zu Problemen mit der Nachweisführung über den Metasiegelansatz kommen kann.

BMZ und GK Geschäftsstelle machen die Zertifizierungsfähigkeit von nicht sortenreinen Fasermischungen nach GK 2.0 in der vorgelegten Entwurfsfassung von der Einreichung von „Sonderbegründungen“ für die „Aussetzung“ ihrer festgelegten Kriterien abhängig und deren Vertrieb nur in nach dem „Circular Businessmodell“ definierten „nachhaltigen Geschäftsmodellen“ möglich. Insbesondere der Vertrieb von haltbarer, langlebiger und funktionaler Arbeitsbekleidung durch Vermietung an gewerbliche Abnehmer fällt in diese Kategorie (siehe Kriterienraster Chemiefasern Nr. 3.1.1 i.V.m. Anhang II).

Die Vorzugswürdigkeit einer energieeffizienten stofflichen Kreislaufwirtschaft im Sinne der Argumentation von BMZ und GK Geschäftsstelle ist vor allem eine europapolitische Zukunftsaufgabe. Sie würde aber bereits ab dem Launch des GK 2.0 in weiten Anwendungsbereichen Produkte mit nicht sortenreinen Material- und Fasermischungen von der GK 2.0 Zertifizierung ausschließen, obwohl weltweit dafür notwendige Sammel- und Recyclingstrukturen zur Generierung nämlicher, d.h. aus Alttextilien gewonnener Recyclate fehlen. Das würde zwangsläufig auch für Mischungen von Chemie- und Naturfasern und nicht nur für Chemiefasermischungen gelten (Ausnahmen siehe Kriterienraster Chemiefasern Nrn. 1.1.2, 1.1.3, 2.2.2). Eine über „Sonderbegründungen“ erreichbare „Aussetzung“ dieser Anforderungen wäre nur in eng begrenzten Ausnahmefällen wie insbesondere für Arbeitsbekleidung möglich.

Der Beirat teilt die Selbsteinschätzung von BMZ und GK Geschäftsstelle, dass das Spannungsverhältnis zwischen stofflicher Kreislauffähigkeit und Haltbarkeit, Langlebigkeit und diese unterstützende Funktionalität von Textilien insgesamt, d.h. über Arbeitsbekleidung hinaus, noch nicht differenziert genug betrachtet wird.

Nach Auffassung des Beirats sollte es im GK 2.0 bis auf Weiteres keine Einschränkung auf Sortenreinheit der verwendeten Materialien und Fasern geben, soweit sich Unternehmen gleich welcher Branchenausrichtung ernsthaft und nachweislich um Haltbarkeit, Langlebigkeit und diese unterstützende Funktionalität ihrer Produkte bemühen, hilfsweise muss über

„Sonderbegründungen“ oder in anderer Form eine Aussetzung der beschriebenen Anforderungen für alle Unternehmen gleich welcher Branchenausrichtung erreichbar sein. In diesem Rahmen wären die verfügbaren Recyclingtechnologien ohne Fokussierung auf ihre jeweilige Energieeffizienz faktisch gleichgestellt. Im Fall des Weges über „Sonderbegründungen“ wäre zu spezifizieren, bei wem diese eingereicht werden und ob abschlägige Entscheidungen nach welchen Prozessen diskutierbar und ggf. anfechtbar sind.

Je länger Textilien genutzt werden, umso später müssen sie recycelt werden. Die damit verbundene Förderung von Suffizienz dürfte immer nachhaltiger sein als das stoffliche Recycling von sortenreinen, GK 2.0 zertifizierten Produkten, die nur für kurze Zeit oder schlimmstenfalls gar nicht getragen werden.

Der derzeit schwach entwickelte Stand des internationalen (nämlichen) Textilrecyclings ist nach Auffassung des Beirats nicht differenziert genug berücksichtigt und führt zu Unklarheiten in den Formulierungen, soweit es um die Herkunftsquelle von einzusetzenden Recyclaten geht.

Da der Material- und Fasereinsatz im GK 1.0 noch keine Berücksichtigung fand, verdient der GK 2.0 bei den Material- und Faseranforderungen bei allen noch notwendigen Klarstellungen und Anpassungen das Prädikat „Weiterentwicklung“. Dennoch weist der Standard besonders im Bereich der Herstellung von Chemiefasern (siehe dazu nachfolgend) noch erhebliche Schwächen auf.

Eine Kommunikation an die Verbraucher, die suggeriert, der GK 2.0 decke die Stufe des Material- und Fasereinsatzes in gleicher Weise ab, wie die bislang unter GK 1.0 abgedeckten Produktstufen, würde der Beirat unter diesen Umständen als intransparent bewerten.

- Chemiefasern

Gemäß Nr. 1.1.2 des Kriterienrasters dürfen recycelte bzw. recyclingfähige „Fasermaterialien“ (siehe auch Nr. 2.2.2 für Polyester) in der Entwurfsfassung des GK 2.0 unter den dort genannten Voraussetzungen nur „sortenrein“ bzw. derart gemischt werden, dass die Möglichkeit des energieeffizienten und hochwertigen stofflichen Recyclings nicht beeinträchtigt wird. Das träfe im Fall der Recyclingfähigkeit nach Anhang 1 derzeit nur auf Polyester, Polyamid 6 und 6.6 sowie Polypropylen und - vorbehaltlich einer abschließenden Bewertung - auf die zellulosischen Chemiefasern Lyocell, Modal und Viskose zu. Letztere dürfen nach Nr. 1.1.3 auch nur mit anderen abbaubaren bzw. kompostierbaren Fasermaterialien wie z.B. Naturfasern gemischt werden.

Danach sind zugunsten des von BMZ und GK Geschäftsstelle forcierten energieeffizienten stofflichen Recyclings zumindest als Regel nicht sortenreine und/oder stofflich nicht recycelbare Faser- und Materialmischungen gleich welcher Art vom GK 2.0 in seiner vorgelegten Entwurfsfassung ausgeschlossen.

In Bezug auf diese Problematik verweist der Beirat auf seine „Zusammenfassende Bewertung“ (siehe oben II) und auf die Einführung zu III (4).

Darüber hinaus und hilfsweise:

- Dem „100% Indikator“ für die Verlängerung bzw. Intensivierung der Nutzungsphase „des Materials“ im Rahmen „nachhaltiger Geschäftsmodelle“ (Indikator 3.1.1) fehlen Vergleichsmaßstab und Begründung. Eine entsprechende Definition ist in Anhang II jedoch bereits angekündigt. Eine abschließende Bewertung ist hier also noch nicht möglich. Grundsätzlich begrüßt der Beirat jedoch die Kopplung von Ausnahmeregelungen an den zwingenden Nachweis einer dadurch erreichten deutlichen Verlängerung der Nutzungsdauer.
- Es ist zu bezweifeln, dass für den Bereich langlebiger Arbeitskleidung die Heterogenität bei dessen brancheninternen Geschäftsmodellen ausreichend in Rechnung gestellt ist. Diese reichen
 - vom Verkauf der Produkte an gewerbliche Abnehmer zum Zweck der Einkleidung ihrer Beschäftigten
 - über den Zwischenverkauf der Produkte an Veredler zum Weiterverkauf an gewerbliche Abnehmer zur Einkleidung ihrer Beschäftigten
 - bis zum Verkauf zum Zweck der Weitervermietung durch gewerbliche Abnehmer bzw. Wäschereien
 - einschließlich Mischformen und Absatz an Endverbraucher ohne Gewerbebetrieb.

In Bezug auf den vorgelegten Entwurf der Anforderungen für den Faser- und Materialeinsatz wird nicht eindeutig klar, ob der Erstverkauf solcher Produkte an gewerbliche Abnehmer für Eigenverwendungszwecke oder in Mischformen einschließlich Absatz an Endverbraucher ohne Gewerbebetrieb zertifizierungsfähig ist. Falls ja, sollte das klarer formuliert werden. Falls nein, wären wesentliche brancheninterne Geschäftsmodelle im Bereich haltbarer, langlebiger und funktionaler Arbeitskleidung realitätsfremd vom Anwendungsbereich des GK 2.0 ausgenommen.

Der Mindestanteil von Recyclaten in Chemiefasern wird in Nr. 2.1.1 des Kriterienrasters auf 70% festgelegt. Der anerkannt anspruchsvollste Standard in diesem Kontext, der Global Recycled Standard (GRS 4.0) sieht als Eintrittsschwelle 20% (ohne Auslobbarkeit) und **ab** 50% (mit Auslobbarkeit) im Produkt vor. Beim Ausschluss nicht sortenreiner Fasermischungen als Regel im GK 2.0 spielt der unterschiedliche Ansatzpunkt für den Recyclatanteil in den Fasern (GK 2.0) und in den Produkten (GRS 4.0) keine Rolle und verfolgt der GK 2.0 in seiner vorgelegten Entwurfsfassung auch an dieser Stelle einen ambitionierteren Ansatz als der GRS 4.0.

Mit Ihren jeweiligen Anforderungen setzen GRS 4.0 und GK 2.0 gleichermaßen Anreize zur sukzessiven Steigerung des Recyclatanteils in Produkten und Fasern. Grundsätzlich begrüßt der Beirat ein höheres Anspruchsniveau des GK 2.0 gegenüber etablierten Standards. Es sollten mit einer Eintrittsschwelle von 70% jedoch keine negativen Auswirkungen auf die Haltbarkeit, Funktionalität und damit Langlebigkeit der Produkte in Kauf genommen werden. Insoweit empfiehlt der Beirat BMZ und Geschäftsstelle, die Expertise des GRS Standardgebers in ihre abschließenden Entscheidungen einzubeziehen. Die Langlebigkeit der Bekleidung ist wichtig, auch um grundsätzlich den Aspekt der Suffizienz im Bekleidungsmarkt stärker zu verankern. Es gelten die Ausführungen des Beirats zum Thema Material- und Fasermischungen für den Recyclatanteil entsprechend.

Auch ist in den Produkthanforderungen des GK 2.0 zum Material- und Fasereinsatz unmissverständlich klarzustellen, ob es sich bei den Recyclaten um nämliche Textilfaserrecyclate handeln muss. Die offenen Formulierungen in den Produkthanforderungen zum Material- und Fasereinsatz (siehe auch Anlage 3 Definition Recyclat)) sprechen dagegen, die Begründungen von BMZ und GK Geschäftsstelle zur Forcierung der energieeffizienten stofflichen Kreislauf-tauglichkeit (siehe Kriterienraster Material- und Fasereinsatz Nr. 1.1.2 i.V.m Erläuterung) sprechen dafür.

Nur hilfsweise: Eine funktionierende (post consumer) Recyclingindustrie für Textilabfälle auf hohem stofflichem Niveau gibt es - wie auch BMZ und Geschäftsstelle wissen - mit entsprechenden Folgen für die Material- und Faserverfügbarkeit international bisher nicht. Der GRS macht deshalb für die Herkunftsquelle des Recyclats richtigerweise keine spezifischen Vorgaben, ebenso wenig wie § 3 Abs. 7 b Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG,) der im Anhang 3 (Definition Recyclat) auch selbst von BMZ und GK Geschäftsstelle zitiert wird.

Der GK 2.0 sollte - dann aber in den Unternehmensanforderungen – Anforderungen für die Forcierung eines hochwertigen stofflichen Recyclings von Textilien schaffen (z.B. über die Nachfrage nach entsprechenden Materialien, Pilotprojekte) und übergangsweise die Verwendung nicht nämlicher Recyclate zulassen.

Dass der GRS 4.0 nicht als anerkannter Standard für die Anwendung des Systems im Anlagenkonvolut genannt ist, erklärt sich unter Ausschluss der Möglichkeit, dass er übersehen wurde, wohl nur mit der offensichtlichen Einschränkung des GK 2.0 auf nämliche Textilfaserrecyclate und/oder der niedrigeren, aber mit 50% auslobbarem Recyclatanteil im Produkt immer noch ambitionierten Eintrittsschwelle. Das ließe die Realität mangelnder Marktverfügbarkeit hochwertiger nämlicher Textilrecyclate außer Acht. Das brähe bei bereits hohen Anforderungen des GRS 4.0 für den Materialeinsatz (und darüber hinaus vorausschauend auch für die vergleichsweise hohen Anforderungen in den Themen soziale Verantwortung und Chemikalieneinsatz auf allen Stufen der Lieferkette) zudem mit dem Metasiegelansatz. Diesem wurde im Bereich der sozialen Produkthanforderungen und der Anforderungen für Arbeitssicherheit und Gesundheit unter Inkaufnahme von Abstrichen im produktbezogenen Ambitionsniveau so konsequent gefolgt, dass sie nach Auffassung des Beirats einer Nachbesserung bzw. dringend einer Nachbesserung bedürfen.

Insgesamt wäre es aus Gründen der Transparenz für Anwender und zur Vermeidung möglicher Fehlinterpretationen wünschenswert, unter dem GK 2.0 in seiner vorgelegten Entwurfsfassung noch zulässige primäre (recyclingfähige, biologisch abbaubare, kompostierbare) und sekundäre (recycelte) Materialien und Fasern insbesondere bei Material- und Fasermischungen und deren jeweiligen Anteile direkt im Kriterienraster oder in einer Anlage positiv zu deklarieren. Dann würde auch deutlich, dass der von BMZ und GK Geschäftsstelle gewählte Ansatz noch nicht hinreichend ausdifferenziert ist.

Die in Indikator 3.2.1 angeführte Begründung für Ausnahmeregelungen in bestimmten Artikelgruppen wie Strumpfwaren und Sportbekleidung in Bezug auf die Beimischung von bis zu 20% Elastan mit der Gewöhnung von Verbrauchern überzeugt nicht. Die zeitlich befristete Ausnahmeregelung im Kriterienentwurf sollte deshalb zur Forcierung einer Kreislaufwirtschaft in den finalen Kriterien nicht beibehalten werden. Zur Forcierung der Funktionalität und damit

Langlebigkeit von Produkten sollte es dabei belassen werden, bis zu 5 % Elastan beizumischen, wenn die erforderliche Elastizität nachweislich nicht durch eine veränderte Faser- und Flächenkonstruktion erzielbar ist.

Die in einer Entwurfsfassung des Indikatorenrasters für Kunstfasern vorgesehenen optionalen Anforderungen an den Herstellungsprozess und den Arbeitsschutz während der Herstellung von Chemiefasern sind im für die öffentliche Konsultation vorgelegten Kriterienentwurf nicht mehr berücksichtigt. Der Verzicht wird mit angenommenen Problemen bei der Lieferkettentransparenz und damit der Nachweisführung begründet. BMZ und GK Geschäftsstelle sollten bei der weiteren Bearbeitung des Kriterienrasters auch berücksichtigen, dass damit ein zentraler Aspekt des Material- und Fasereinsatzes aus dem Anspruchsaster des GK herausfällt, der im Fall der Naturfasern zwar ebenfalls nicht zufriedenstellend, jedoch bereits in größerem Umfang abgedeckt wird. Dadurch entstehen eine Inkonsistenz innerhalb der und Lücken in den Anforderungen, die der Beirat als dringend nachbesserungsbedürftig bewertet. Letztere betreffen u.a. das Fehlen eines Verzichts auf besonders besorgniserregende Chemikalien in der Herstellung sowie der Überwachung von Abluft-Emissionen und von MAK-Grenzwerten. Bleibt die Herstellung zugelassener Chemiefasern vom GK 2.0 gänzlich unberücksichtigt, ergeben sich Probleme im Verbraucherverständnis über die Berücksichtigung des Material- und Fasereinsatzes. In der Kommunikation über den GK 2.0 muss für die Verbraucher verständlich vermittelt werden, dass noch nicht alle Anforderungen der Produktionsstufe Material- und Fasereinsatz für alle Materialien gleichberechtigt berücksichtigt werden. Solche Anforderungen sollten mit der in den Unternehmenskriterien bereits angelegten Herstellung von Transparenz über alle Lieferkettenstufen (Risikoanalyse, KE 2.1 und 2.2: "...von der Rohstoffgewinnung bis zur Konfektion...") spätestens im GK 3.0 gestellt werden.

- Naturfasern

Im Bereich der Naturfasern verwendet der GK 2.0 in seiner vorgelegten Entwurfsfassung das Ein- und Ausschlussprinzip und referenziert auf den Anhang 4 mit seinen Listen für verantwortungsvolle pflanzliche Fasern bzw. ihrer dahinterstehenden Standards nach Bewertung des Bündnisses für nachhaltige Textilien, für Standards in Bezug auf Fasern aus verantwortungsvoller Tierhaltung sowie Standards, die GVO ausschließen. Darüber hinaus gibt es für einzelne Fasern pflanzlichen wie tierischen Ursprungs, deren Nachhaltigkeit auch mangels „marktgängiger Regelungen“ noch nicht abschließend beurteilt werden kann, Übergangszulassungen. Für nicht nachhaltige Materialien tierischen Ursprungs wie Angora, Alpaka und Pelze ist ein Ausschluss vorgesehen. Dasselbe gilt für Mulesing bei der Gewinnung von Schafwolle.

Insgesamt bewertet der Beirat dieses Ein- und Ausschlussprinzip einschließlich der Begründungen als für Anwender ebenso verständlich wie schlüssig.

Das gilt jedoch nach Auffassung des Beirats nicht in Bezug auf die Frage der Zulässigkeit von Mischungen pflanzlicher Fasern und Materialien tierischen Ursprungs mit Chemiefasern (einschließlich solcher auf zellulosischer Basis), siehe auch II und III (4). Insbesondere GK 1.0 Bestandsunternehmen dürfte wohl nicht zu vermitteln sein, dass mit Verweis auf die politische Durchsetzung einer stofflichen Kreislaufwirtschaft in der vorgelegten

Entwurfsfassung des Kriterienrasters z.B. ein hochwertiges und hochfunktionales Mischfaserprodukt

- aus 70% GOTS zertifizierter Baumwolle (Mindestanteil bei GOTS) oder 50% Cotton made in Africa (im Mass Balance Ansatz) zertifizierter Baumwolle
- und 30% bzw. 50% GRS zertifiziertem Polyester (mangels ausreichender Marktverfügbarkeit nämlicher Textilfaserrecyclate mit nicht nämlichem Recyclat z.B. aus alten PET Getränkeflaschen, sog. Ocean Plastic oder ausgedienten Fischernetzen)

GK 2.0-zertifizierungsunfähig sein soll. Ob damit neue, von Nachhaltigkeit überzeugte Unternehmen für den GK 2.0 gewonnen werden können, ist nach Auffassung des Beirats höchst fraglich.

Wenn i.Ü. bei Cotton made in Africa richtigerweise ein Mass Balance-Ansatz nicht schadet, müsste dies auch für Mass Balance im Bereich von Content-Standards bei Chemiefasern gelten. Dort ist Mass Balance aber mit einer aus Sicht des Beirats wenig schlüssigen Begründung ausgeschlossen (siehe Kriterienraster Chemiefasern Nr. 2.1.2).

Die Formulierung von Indikator 1.1.1 lässt unnötigen Interpretationsspielraum. Statt die Verwendung von Baumwolle aus zertifizierten Programmen „zu erlauben“ (...dürfen eingesetzt werden...), sollte die Verwendung nicht zertifizierter Baumwolle unmissverständlich ausgeschlossen werden (...eingesetzte Baumwolle muss...). Zudem offenbart der Verweis auf die Liste der im Textilbündnis anerkannten Standards zur Nachweisführung über die Verwendung von als verantwortungsvoll geltenden Fasern eine weitere Inkonsistenz des Kriterienentwurfs: Das Textilbündnis formuliert über die Nachweisführung über anerkannte Standards hinaus die Anforderung, Steigerungsziele für den Anteil nachhaltiger Fasern festzulegen. Dieser Anspruch fehlt bisher im Kriterienentwurf. Der GK 2.0 sollte nicht hinter den Anforderungen des Textilbündnisses zurückbleiben.

Der Beirat unterstützt ausdrücklich die Beibehaltung von Indikator 1.2.1 zum Verbot gentechnisch veränderten Saatguts. In der Konsultation entsteht zumindest der Eindruck, dass dieser von BMZ und GK Geschäftsstelle in Frage gestellt sein könnte.

IV. Kommentierung der nach erster öffentlicher Konsultation justierten Unternehmenskriterien

Die Unternehmenskriterien sind der „USP“ des GK 2.0 und waren es auch bereits im GK 1.0. Kein anderer der anerkannten etablierten Nachhaltigkeitsstandards formuliert so umfassende Anforderungen an die Due Dilligence der hinter den Zulieferern und der Zulieferkette stehenden Unternehmen und operationalisiert damit nicht nur die VN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, sondern auch das in Deutschland vom Bundestag am 14. Juni 2021 verabschiedete Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten (Lieferkettengesetz).

Nach Auffassung des Beirats ist es BMZ und GK Geschäftsstelle gelingen, viele der Änderungs- und Justierungsanregungen aus der ersten Konsultation der Unternehmenskriterien in den nunmehr vorgelegten Entwurf des GK 2.0 zu integrieren. Dafür gebührt BMZ und GK Geschäftsstelle Dank und Anerkennung.

Das gilt auch für viele Anregungen des Beirats in seiner öffentlichen Stellungnahme zur ersten Konsultation der Unternehmenskriterien des GK 2.0 vom 18.12.2020, die sich in weiten Bereichen mit Anregungen und Kommentierungen anderer Stakeholder decken.

Insbesondere:

- Die durchgängige und damit auch konsequente Bezugnahme auf das Thema Integrität im gesamten Kriterienraster (neben Menschenrechten und Umwelt),
- die deutlichere Bezugnahme auf die VN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (und anderer Regelwerke im Kontext),
- die konsequente Einbeziehung Betroffener und anderer Stakeholder bei allen Unternehmensanforderungen,
- die Herstellung öffentlicher Transparenz nicht vornehmlich über die von Unternehmen einzurichtenden Prozesse, sondern auch über deren (eingetretenen wie ausgebliebenen) Ergebniswirkungen, siehe hierzu insbesondere Kriterienraster KE 4.2.3 und KE 4.2.4, letztere in Bezug auf die Unternehmensstrategie zur Förderung existenzsichernder Löhne und auf eigene Beschaffungs- und Einkaufspraktiken,
- die Herstellung öffentlicher Transparenz über die Lieferketten der Unternehmen, kompromissweise wenigstens in Bezug auf Länder und Regionen,
- die Präzisierung der Anforderungen für das Beschwerdemanagement der Unternehmen (Beschwerdemanagement der Konfektionäre und Back up-Mechanismen) einschließlich Effektivität des Beschwerdemanagements.

Auch das Thema existenzsichernde Löhne wird deutlich differenzierter behandelt als im Vorentwurf zur ersten Konsultation.

So wird der gegenüber Einzelprogrammen der Unternehmen Erfolg versprechendere Dualismus von Einzelmaßnahmen der Unternehmen (insbesondere Lohnlückenanalysen, Überprüfung und Justierung des eigenen Beschaffungs- und Einkaufsverhaltens, Strategie zur Realisierung existenzsichernder Löhne) und der Beteiligung an oder auch (Mit-)Initiierung von kooperativen, systemischen Lösungen deutlich besser herausgearbeitet. Initiativen wie Action-Collaboration-Transformation (ACT), die Fair Wear Foundation (FWF), Social Accountability International (SAI) und auch das deutsche Bündnis für nachhaltige Textilien (BnT) haben dafür bereits Vorschläge erarbeitet, überwiegend in Pilotprojekten getestet oder umgesetzt. Bisher waren sie jedoch aus unterschiedlichen Gründen weder in der Breite noch in der Tiefe erfolgreich. Zu diesen Gründen zählen in einem der wohl komplexesten Themen im Bereich Arbeits- und Menschenrechte sicher auch fehlende Transparenz bei den meisten Unternehmen über die Vorschläge, damit einhergehend mangelndes Wissen und ausgebliebener Konsens der Unternehmen über den Sinn und die Erfolgsaussichten kooperativer, systemischer Lösungen.

Wünschenswert wäre, dass BMZ und GK Geschäftsstelle insbesondere auch auf internationaler Ebene Implementierungsbemühungen in Bezug auf kooperative, systemische Lösungen forcieren,

- so z.B. über die Vergabe einer Studie über Erfolge und Misserfolge bisheriger Vorschläge für die Öffentlichkeit,
- Vorbereitung und Durchführung einer internationalen Multistakeholderkonferenz auf Grundlage der Studie mit dem Ziel,
- konkrete Arbeitspläne für eine international und national wettbewerbsneutrale Realisierung existenzsichernder Löhne zu entwickeln und umzusetzen, in die sich (nicht nur) GK 2.0 Unternehmen einschließlich ihrer internationalen Lieferketten aktiv einbringen.

Die Anforderung zum Nachweis von „nachvollziehbaren und nachhaltigen Lohnerhöhungen bei mindestens einem Hochrisikoproduzenten“ wurde wegen der zu erwartenden fehlenden Wirksamkeit solcher Einzelmaßnahmen gegenüber einer wettbewerbsneutralen systemischen Durchsetzung existenzsichernder Löhne auf breiter internationaler Ebene im 2. Konsultationsentwurf zunächst gestrichen. Das ist zwar nur schwer für diese Einzelfälle, jedoch zugunsten eines kooperativen, systemischen Durchbruchs in der Frage der tatsächlichen Zahlung existenzsichernder Löhne insgesamt hinzunehmen, siehe hierzu auch oben III (1).

Dr. Raoul Kirmes

Prof. Dr. Stefanie Lorenzen

Achim Lohrie

Philipp von Bremen

Michael Windfuhr

15. September 2021